

Roland Peter

In Meßkirch bestanden weitere Lager bei der Möbelfabrik GmbH, der Firma Stoll und der Weißhaupt Seegrasspinnerei⁶. Auch in Pfullendorf wurden Massenunterkünfte errichtet⁷.

Zu Kriegsbeginn war dieser Einsatz der Ausländer, ohne den die deutsche Kriegswirtschaft bereits 1941/42 zusammengebrochen wäre, allerdings nicht beabsichtigt worden. Schon die rassistische Ideologie der Nationalsozialisten hätte ein solches Vorhaben weit von sich gewiesen. In der Folge zeigte sich deshalb im Ausländereinsatz beständig der Konflikt zwischen der Ideologie einer- und den Erfordernissen der Kriegswirtschaft andererseits⁸.

1. DER »POLENEINSATZ«

Im ersten Vierteljahr nach Kriegsbeginn kamen zwar etwa 300 000 polnische Kriegsgefangene ins Reich, an einen Masseneinsatz wurde aber zunächst nicht gedacht. Diese Haltung änderte sich jedoch, als immer mehr Deutsche zur Wehrmacht eingezogen wurden und der Mangel an Arbeitskräften in der Wirtschaft zunahm. Hermann Göring, zweitmächtigster Mann des Reiches, befahl nach der Eroberung Polens, *die Hereinnahme ziviler polnischer Arbeitskräfte, insbesondere polnische Mädchen, in größtem Ausmaß zu betreiben. Ihr Einsatz und ihre Entlohnung müssen zu Bedingungen erfolgen, die den deutschen Betrieben leistungsfähige Arbeitskräfte billigst zur Verfügung stellen*. Mindestens eine Million polnischer Männer und Frauen sollte ins Reich hereingeholt werden⁹.

Daß eine solche Zahl nicht über die traditionelle Anwerbung von Saisonarbeitern zu erreichen sein würde, war klar. Zudem schreckten die Briefe der ersten Freiwilligen über ihre wahre Behandlung im Reich weitere Interessenten ab. Als viele Menschen in die Wälder flüchteten, führten die Besatzer für die jüngeren Polen die Arbeitspflicht im Reich ein. Einzelne Gebiete mußten eine bestimmte Zahl Männer und Frauen stellen. Blieben sie unter dem Limit, wurden ganze Dörfer bestraft und die Besatzer gingen regelrecht auf die Jagd nach Arbeitskräften¹⁰.

Die Polen bildeten für die Behandlung der Zwangsarbeiter ein erstes Experimentierfeld. Da die massenhafte Hereinnahme polnischer Arbeitskräfte gegen die Ideologie verstieß, sollte die Behandlung nach »rassistischen« Gesichtspunkten für einen Ausgleich sorgen. Die Grundlage dafür bildeten die sogenannten »Polenerlasse« von 1940. Sie unterstellten die Polen einem regelrechten Sonderrecht und reglementierten ihr Leben bis in Kleinigkeiten hinein. Das Tragen des Abzeichens »P« und die Unterbringung in Barackenlagern wurde ebenso vorgeschrieben wie die Bezahlung: Es galten nur die niedrigsten Tariflöhne, Zulagen waren untersagt. Zudem verhängten die Erlasse eine 15prozentige Sondersteuer. Da die Polen Unterbringung und Verpflegung selbst bezahlen mußten, blieb ihnen kaum ein Erlös ihrer Arbeit¹¹.

Die Verordnungen hatten besonders die Arbeitsleistung und die Beziehung der Zwangsarbeiter zu den Deutschen im Blickfeld. Bei sogenannter »Arbeitsbummelei« drohte den Polen die Einweisung in spezielle »Arbeitserziehungslager«, später direkt in ein KZ. Der Kontakt zu den Einheimischen sollte allein auf die Arbeit beschränkt bleiben. »Geselliger Verkehr«, wie

6 ARMIN HEIM: Das Kriegsende 1945 im ehemaligen Amtsbezirk Meßkirch. In: Von der Diktatur (wie Anm. 3), S. 113–150, hier S. 116.

7 WEBER (wie Anm. 3), S. 83.

8 Vergleiche LUDOLF HEBST: Der totale Krieg und die Ordnung der Wirtschaft. Die Kriegswirtschaft im Spannungsfeld von Politik, Ideologie und Propaganda 1939–1945 (Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 21). Stuttgart 1982, S. 95ff.

9 Zitiert nach: HERBERT (wie Anm. 2), S. 19.

10 Ebd., S. 20. Vergleiche dazu auch: Schönes, schreckliches Ulm. 130 Berichte ehemaliger polnischer Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen, die in den Jahren 1940 bis 1945 in die Region Ulm/Neu-Ulm verschleppt worden waren. Hg. von SILVESTER LECHNER. Ulm 1996.

11 Staatsarchiv Freiburg (STAF), LKK 1685.